

Strategien in Bezug auf die Großmacht China



Der von uns gegründete Verein „Europoli – Berlopoli Verein zur Förderung des wirtschaftlichen Zusammenwachsens in Europa mit dem Schwerpunkt in Berlin e.V.“ ist in der Erkenntnis gegründet worden und u. a. mit dem Ziel angetreten, eine westliche Strategie gegenüber der Großmacht China zu entwickeln.

Dies ist bisher nicht geschehen. Nun aber ist infolge der Berichterstattung in den Medien bekannt geworden, dass just die Problematik offenbar geworden ist, die nach einer eindeutigen Haltung im Rahmen einer Strategie verlangt: Chinesische Anteilseigner möchten in den Hamburger Hafen bzw. die den Hamburger Hafen tragenden Rechtskonstruktionen einsteigen.

Die Haltung in der Bundesregierung ist unter deren Mitgliedern selbst umstritten; immerhin ist das Außenwirtschaftsgesetz zu beachten!

Es fehlt bisher an einer eindeutigen Haltung. Dies, obwohl bekannt ist, dass in (Rot)-China alle Maßnahmen – also wirtschaftliche, politische und sonstige gesellschaftliche Maßnahmen – von dem Interesse der kommunistischen Partei geleitet und gelenkt werden.

Das Argument, dass wir aus der Bundesregierung hören, wonach noch nicht klar sei, was für Beschlüsse auf dem Parteitag zu der oben angesprochenen Frage herauskämen, geht vollständig fehl.

Es ist doch bekannt, dass China keine Marktwirtschaft, schon gar keine soziale Marktwirtschaft betreibt – sondern vielmehr, seinen Status mit kommunistisch-staatskapitalistischen Methoden zu erweitern sucht (siehe: Seidenstraßenprojekt).

Es ist zuzustimmen, wenn aus heutiger Sicht festgestellt wird, dass China in der Zukunft weltweit einer der Hauptakteure sein wird.

Dies verlangt umso mehr, eine eindeutige Haltung im Rahmen einer klaren Strategie zu vertreten.

Nach hier vertretener Meinung kann es sich Deutschland nicht leisten und zwar weder im europäischen Rahmen noch im nationalen Rahmen Entscheidungen zu treffen, aus der Notwendigkeit eine klare Haltung gegenüber den chinesischen Offensiven zu vertreten.

Wir halten es daher für notwendig, sich gegenüber chinesischen Avancen bedeckt zu halten – auch wenn rein wirtschaftliche Gesichtspunkte für ein Eingehen auf chinesische Offensiven sprächen.

Nachsatz:

Die Verschränkung wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Maßnahmen (Arbeitsplätze) darf nicht dahingehen, dass Großmächte wie China Einfluss auf die Entscheidung der hiesigen deutschen Bundesregierung und des Parlaments.

Wir fordern also, die Beteiligung der chinesischen Reederei Cosco am Hamburger Hafen fallen zu lassen und endlich eine Strategie für Deutschland bzw. auch für Europa im Rahmen der westlichen Gemeinschaft zu erarbeiten.

Berlin, den 03.11.2022

Gez. **C. Jupe**

– Vorsitzender –